Presseschau vom 22.01.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen aus Sozialen Netzwerken sind violett gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter https://alternativepresseschau.wordpress.com/ *erreichbar.*

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **RT-Exklusivinterview mit dem iranischen Präsidenten Ebrahim Raisi**
In einem Exklusivinterview mit RT sagte der iranische Präsident Ebrahim Raisi, dass Teheran mit allen Ländern zusammenarbeiten will und eine gutnachbarschaftliche Diplomatie fördert. Dies war sein erstes Gespräch mit internationalen Medien seit seinem Amtsantritt. …
https://kurz.rt.com/2sk8

de.rt.com: **Kuriose Urteilsbegründung: "Tennis-Weltstar kann Menschen jeden Alters beeinflussen"**
Wenngleich der Tennis-Star Novak Đoković gegen die Annullierung seines Visums Einspruch erhoben hatte, war er am Ende aus Australien ausgewiesen worden. Nun hat das zuständige Bundesgericht des Landes seine Begründung für die Entscheidung bekannt gegeben. …
https://kurz.rt.com/2sif

snanews.de: **Ukraine als Selbstbedienungsladen: Wo die Gas-Milliarden versickern**
In der Ukraine sind Informationen ans Licht gekommen, wer und in welcher Größenordnung von den gestohlenen Milliarden US-Dollar profitiert hat, mit denen die Gasförderung in dem Land gesteigert werden sollte. …
https://snanews.de/20220121/ukraine-als-selbstbedienungsladen-5093129.html

de.rt.com: **Chef der deutschen Marine zeigt Mut zu eigener Meinung: "Russland verdient Respekt"**
Ungewohnt pragmatisch hat der Inspekteur der deutschen Marine Vizeadmiral Kay-Achim Schönbach die Absichten Russlands und die Perspektiven der westlichen Zusammenarbeit mit Moskau bewertet. Vom deutschen Mainstream erntet er dafür Häme und Kritik. …
https://kurz.rt.com/2skg

abends/nachts:

snanews.de: **USA fliegen Aufklärungseinsätze nahe Donbass**
Nach Informationen des Online-Flug-Trackers „Flightradar“ war die amerikanische Luftwaffe am heutigen Freitag mit einem auf strategische Aufklärung spezialisierten Flugzeug im Osten der Ukraine nahe des Donezbeckens im Einsatz. Ein unbemannter Höhenaufklärer der US Air Force patrouilliert momentan noch in der Region.
Laut Flightradar ist im Moment eine Aufklärungsdrohne vom Typ „Global Hawk“ mit der Kennnummer UAVGH000 im ukrainischen Luftraum unterwegs. Das mit weitreichender Sensorik ausgerüstete unbemannte Luftfahrzeug kann 30 Stunden lang in Höhen von bis 20 Kilometern patrouillieren. Gestartet war die Drohne auf einem amerikanischen Stützpunkt in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Im ukrainischen Luftraum angekommen, flog sie zunächst entlang der Grenze zu Weißrussland und steuerte anschließend den Osten der Ukraine an.
Zuvor war am heutigen Freitag eine Boeing RC-135 der amerikanischen Luftwaffe im Süden und Osten der Ukraine im Einsatz. Stationiert ist die auf strategische Aufklärung spezialisierte Maschine im englischen Great Yarmouth. Von dort aus war sie zur heutigen Mission gestartet. An der Grenze zur Halbinsel Krim vorbeigeflogen, nahm der amerikanische Aufklärer Kurs auf den Osten der Ukraine und kehrte nach einem Flug entlang der Konfliktlinie im Donbass in Richtung der Heimatbasis um.
Die US Air Force fliegt seit Monaten Aufklärungsmissionen über der Ukraine und in der Schwarzmeerregion. Mitte Dezember flogen zwei strategische Fernmeldeaufklärer des Typs RC-135 der US Air Force mehrere Stunden entlang der russischen Grenze nahe der Halbinsel Krim und der Region Krasnodar.
Außerdem war im Dezember eine auf Zielaufklärung spezialisierte Maschine der amerikanischen Luftwaffe vom Typ Bombardier Challenger 650 in der Nähe der russischen Grenze über dem Schwarzen Meer im Einsatz. Nachdem der Aufklärer von Rumänien aus das Schwarze Meer überflogen hatte, patrouillierte er im georgischen Luftraum nahe der russischen Grenze sowie der Grenzen Armeniens und Aserbaidschans.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e5/0c/1e/4851975_0:11:551:320_1920x0_80_0_0_e5b936cc9a47b37d8e013cf39c19198c.jpg

de.rt.com: **"Zusammen für Frieden und Sicherheit" – Teheran, Moskau und Peking starten gemeinsame Marineübung**

Die Kriegsmarinen Russlands, Chinas und Irans haben am Freitag eine weitere Runde ihrer gemeinsamen Militärübungen gestartet. Beteiligt sind mehrere Kriegsschiffe der Flotten aller drei Staaten. Ziel sei es, die praktische Zusammenarbeit zu stärken.

China, Russland und Iran haben am Freitag eine weitere Etappe ihrer gemeinsamen Übungen der Kriegsmarinen gestartet. Das meldete die iranische Nachrichtenagentur Mehr. Die Übung, die den Titel "Maritimer Sicherheitsgürtel 2022" trägt, findet in einem Gebiet von 17.000 Quadratkilometer im Norden des Indischen Ozeans statt. Das Motto der Übung ist "Zusammen für Frieden und Sicherheit".

Ziel der Übung sei es, die "praktische Zusammenarbeit zwischen den drei Kriegsmarinen zu vertiefen und die Bereitschaft sowie den Willen der drei Länder aufzuzeigen, gemeinsam die maritime Sicherheit zu gewährleisten und eine maritime Gemeinschaft mit einer geteilten Zukunft aufzubauen." Das erklärte das chinesische Verteidigungsministerium.

Die Volksrepublik China beteiligte sich an den Übungen mit einem Raketenzerstörer, einem Versorgungsschiff, Helikoptern sowie 40 Marinesoldaten. Russland ist durch die Einsatzgruppe der russischen Pazifikflotte vertreten, bestehend aus einem Raketenkreuzer, einem großen Anti-U-Boot-Schiff sowie einem großen Tankschiff. Iran nimmt mit Einheiten sowohl seiner regulären Streitkräfte als auch der Revolutionsgarden teil, wie die iranische Nachrichtenagentur ISNA am Donnerstag vermeldete.

Die gemeinsamen Marineübungen der drei Staaten gehen auf das Jahr 2019 zurück. Insgesamt hat es bisher drei solcher Übungen gegeben. Die Übung im Jahr 2019 erstreckte sich auf vier Tage.

Ein Sprecher der iranischen Streitkräfte bekräftigte, dass sie auch in der Zukunft wiederholt würden. Bei dem Manöver sollen verschiedene taktische Übungen durchgeführt werden. Darunter die Bergung eines brennenden Schiffes, die Rettung eines gekaperten Schiffes sowie das nächtliche Feuern auf Luftziele.

Song Zhongping, ein chinesischer Militärkommentator, erklärte gegenüber der chinesischen Zeitung Global Times:

"Die drei Seiten müssen die Zusammenarbeit in nicht-traditionellen Sicherheitsbereichen, insbesondere im Bereich der maritimen Sicherheit, verstärken, da einige Länder derzeit weiterhin Unruhen im Meer verursachen, was offensichtlich eine Verletzung des internationalen Rechts darstellt."

<iframe style="width: 640px;height: 480px;" src="https://cdnv.rt.com/deutsch/video/2022.01/61eac5ecb480cc29202de585.mp4" frameborder="0" allowfullscreen></iframe>

https://cdnv.rt.com/deutsch/video/2022.01/61eac5ecb480cc29202de585.mp4

de.rt.com: **Afghanistan: EU eröffnet "minimale Präsenz"**

Die EU hat begonnen, wieder eine "minimale Präsenz" in Afghanistan einzurichten. Botschafter werden aber nicht vor Ort sein. Am Wochenende sind zudem Gespräche in Oslo geplant, zu denen Vertreter der Taliban sowie mehrerer westlicher Staaten eingeladen wurden. Vor den geplanten Gesprächen in Oslo waren Taliban-Vertreter bereits in anderen Ländern, darunter im Iran am 9. Januar 2022.

Die Europäische Union hat am Donnerstag angekündigt, dass sie mit der Wiederherstellung einer "minimalen Präsenz" in der afghanischen Hauptstadt Kabul begonnen hat.

Seit der Machtübernahme der Taliban hat die EU so erstmals wieder eine offizielle Vertretung in dem Land, in der internationale Delegationsmitarbeiter vor Ort sein sollen, um die Lieferung von humanitärer Hilfe zu erleichtern und die humanitäre Lage zu überwachen. Das erklärte ein Sprecher des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell am Freitag.

"Unsere minimale Präsenz in Kabul darf in keiner Weise als Anerkennung der dortigen Taliban-Regierung verstanden werden", so Sprecher Peter Stano in einer Erklärung. "Dies ist auch den De-facto-Behörden klar mitgeteilt worden", betonte er.
Die Taliban hatten zuvor mitgeteilt, dass nach mehreren Treffen und einer Einigung mit EU-Vertretern die EU "ihre Botschaft mit einer permanenten Präsenz offiziell eröffnet und praktisch den Betrieb aufgenommen" habe. Aus EU-Kreisen hieß es, ein Botschafter werde nicht vor Ort sein.
Bisher hat kein Land der Welt die Taliban-Regierung anerkannt. Seit der militärischen Machtübernahme der Taliban im August 2021 sind die Botschaften westlicher Länder in Kabul geschlossen, darunter auch die deutsche Botschaft. Die diplomatischen Missionen mehrerer Länder, darunter Russland, China, die Vereinigten Arabischen Emirate und Iran, sind aktuell geöffnet und mit Botschaftern besetzt. Seit der Schließung der US-Botschaft in Kabul vertritt das Golfemirat Katar die Interessen der Vereinigten Staaten in Afghanistan.

Gespräche in Oslo

Am Freitag teilte die Regierung Norwegens mit, dass die Taliban zu Gesprächen über die Situation in Afghanistan nach Oslo eingeladen wurden. Sie sollen von Sonntag bis Dienstag stattfinden. Außer Vertretern Norwegens, der Taliban und anderer afghanischer Gruppen, darunter Frauen, Journalisten und Menschenrechtler, sollen auch EU-Gesandte und Vertreter aus den Vereinigten Staaten, Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien teilnehmen, wie die norwegische Zeitung VG berichtete. Ein Sprecher der Taliban bestätigte die Teilnahme auf Twitter. Eine hochrangige Delegation unter der Leitung des amtierenden Außenministers Amir Chan Muttaki werde nach Oslo reisen. Zuvor waren Vertreter der Taliban nach Russland, Iran, Katar, Pakistan, China und Turkmenistan gereist.
Norwegen hatte Geheimgespräche zwischen den USA und den Taliban eröffnet, als sich bereits im Jahr 2013 abzeichnete, dass der Konflikt militärisch nicht zu gewinnen sei. Dies führte zur Eröffnung des politischen Büros der Taliban in Doha (Katar), wo Washington 2018 die Verhandlungen über den endgültigen Abzug der US- und NATO-Truppen aus Afghanistan einleitete, die im August in dem chaotischen Ende des Krieges gipfelten. Das Außenministerium in Oslo erklärte, Afghanistan leide aktuell neben den Auswirkungen des jahrelangen Konflikts unter Dürre, Pandemien und dem wirtschaftlichen Zusammenbruch. Rund 24 Millionen Menschen sind demnach von akuter Ernährungsunsicherheit betroffen. Afghanistan war unter der vorherigen, von den USA unterstützten Regierung nahezu vollständig von ausländischer Hilfe abhängig und befindet sich angesichts eingestellter Milliardenhilfen und Sanktionen in einer schweren wirtschaftlichen und humanitären Krise. UN-Generalsekretär António Guterres hatte Washington und die Weltbank im Januar aufgefordert, dem afghanischen Finanzsystem eine Liquiditätsspritze zu verabreichen. Guterres warnte davor, dass das von den Taliban kontrollierte Land vor einer Art "Kernschmelze" stehe, die zu Armut, Hunger und Elend für Millionen von Menschen führen würde. Nach UN-Angaben dürften in diesem Jahr 4,7 Millionen Menschen in Afghanistan an schwerer Unterernährung leiden, davon 3,9 Millionen Kinder. Hunderttausenden von ihnen drohe ohne zusätzliche Hilfe der Hungertod.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61eabe4348fbef479a6b8b7f.jpg

snanews.de: **Österreichischer Bundeskanzler unterstützt Inbetriebnahme von Nord Stream 2**

Das Projekt der Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2 ist laut dem österreichischen Bundeskanzler, Karl Nehammer, für eine zuverlässige Energieversorgung Europas notwendig. Daher ist es ihm zufolge unangemessen, die Gaspipeline als Bedrohung zu betrachten.

Nord Stream 2 bedeute vor allem Versorgungssicherheit, sagte Nehammer dem Magazin „Spiegel“. Die Frage, ob er seine Position im Falle einer Eskalation um die Ukraine ändern werde, beantwortete der Politiker wie folgt:

„Für eine Verschärfung des Sanktionsregimes wäre Nord Stream 2 viel zu klein. Aber grundsätzlich gilt: Die rote Linie ist fix.“ Er betonte auch, dass es „keine Toleranz für Politik mit Gewalt“ gibt.

Das Projekt Nord Stream 2 umfasst den Bau von zwei Strängen der Pipeline mit einer Gesamtkapazität von 55 Milliarden Kubikmetern Gas pro Jahr. Die beiden Stränge sind nun einsatzbereit, doch die für ihre Inbetriebnahme erforderliche Genehmigung der Bundesnetzagentur steht weiterhin aus.

Die Pipeline wird seit langem von den USA, dem EU-Mitgliedstaat Polen und der Ukraine scharf kritisiert. Sie befürchten eine zu große Abhängigkeit von Russland bei der Energieversorgung. Moskau betonte bereits mehrmals, dass Nord Stream 2 ein rein kommerzielles Projekt sei, das sowohl für Russland als auch für die EU vorteilhaft sei. Der Kreml rief wiederholt die westlichen Länder dazu auf, das Projekt nicht zu politisieren.

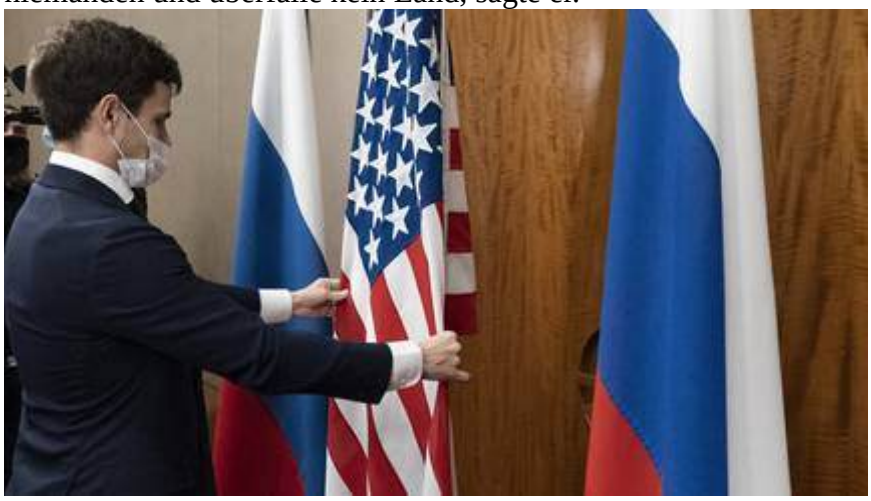
https://cdnn1.snanews.de/img/07e6/01/11/5038473_0:0:2894:1628_1920x0_80_0_0_2f9f343e180e474ae81e8e91e2330af7.jpg

snanews.de: **Nato plant groß angelegte Übung im Mittelmeer – Pentagon**
Das nordatlantische Bündnis plant nach Pentagon-Angaben ein groß angelegtes Manöver im Mittelmeer unter Teilnahme des Flugzeugträgers USS „Harry S. Truman“.
Wie Pentagon-Sprecher John Kirby am Freitag in Washington sagte, war die Übung „Neptune Strike-22“ bereits vor längerer Zeit geplant worden. „Aber bei der Entscheidung über den Beginn des Manövers wurde die zugespitzte Lage um die Ukraine mitberücksichtigt“, sagte der Sprecher.
„Die bordgestützte Angriffsgruppe von ‚Harry Truman‘ wird dem operativen Kommando der Nato unterstellt und zum zentralen Element dieser seit längerer Zeit geplanten Übung.“
Kirby sagte ferner, dass an dem Manöver, bei dem unter anderem Weitschüsse und die Bekämpfung von U-Booten geübt werden, einige Nato-Länder teilnehmen werden, die er aber nicht nannte.
Kirbys Angaben zufolge beginnt das Manöver am kommenden Montag (24.01) und dauert bis zum 4. Februar.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e6/01/15/5094124_0:210:2500:1616_1920x0_80_0_0_807655c687aa5b714724403df604297f.jpg

de.rt.com: **Moskau warnt Washington: Missachtung der russischen Forderungen könnte schwerwiegende Folgen haben**
Der russische Außenminister Sergei Lawrow hat seinen US-Kollegen Anthony Blinken bei gemeinsamen Gesprächen in Genf vor schwerwiegenden Konsequenzen gewarnt, falls Washington die Sicherheitsbedenken Russlands ignoriert.
Wie es aus dem russischen Außenministerium am Freitagabend hieß, habe man Blinken "eindeutig übermittelt", dass ein Ignorieren der legitimen Bedenken Russlands in Bezug auf die militärische Erschließung der Ukraine durch die USA sowie die Konzentration der NATO-Streitkräfte in der Nähe der russischen Grenzen "schwerwiegendste Folgen" haben würde. Die Konsequenzen könnten jedoch vermieden werden, wenn "Washington positiv auf die Entwürfe der Abkommen über Sicherheitsgarantien reagiert", die Moskau nächste Woche erwarte.
Währenddessen sagte die Sprecherin des Weißen Hauses, Jen Psaki, dass US-Präsident Joe Biden "keine abwartende Haltung einnimmt". Die Vereinigten Staaten seien bereit, der Ukraine militärische Hilfe zu leisten. Psaki kündigte an, dass die USA der Ukraine Hubschrauber des Typs Mi-17 aus russischer Produktion übergeben werden. "Wir haben den US-Kongress kürzlich über unsere Absicht informiert, Hubschrauber des Typs Mi-17 zu liefern. Ich würde also nicht sagen, dass der Präsident abwartet", sagte Psaki. Biden hatte zuvor angedeutet, dass angedrohte Sanktionen der NATO vom Ausmaß eines potenziellen russischen Einmarsches abhängen könnten. So sei zwischen einer kleinen Invasion und einem

richtigen Einmarsch zu unterscheiden. Später stellte er jedoch klar, dass jeder Grenzübertritt russischer Truppen in die Ukraine als Einmarsch gewertet werde.
Nach dem Treffen in Genf hatte Sergei Lawrow erneut Befürchtungen des Westens zurückgewiesen, dass Russland einen Einmarsch in die Ukraine plane. Russland bedrohe niemanden und überfalle kein Land, sagte er.



https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61eaff2db480cc29787bd3a5.jpg

vormittags:

snanews.de: **Tschechien erwägt Rüstungslieferungen an Ukraine**
Die Regierung der Tschechischen Republik erörtert laut der Verteidigungsministerin Jana Cernochova die Möglichkeit, der ukrainischen Armee Artilleriemunition zur Verfügung zu stellen.
Wie die Ministerin am Freitagabend bei einer Pressekonferenz ankündigte, wolle das tschechische Verteidigungsministerium dem Ministerkabinett vorschlagen, die Frage der Lieferung von Artilleriegranaten des Kalibers 152 Millimeter an die Ukraine zu erörtern.
„Wir werden der Regierung die materielle Hilfe anbieten, um die wir gebeten wurden – Kriegsmaterial und Ausrüstung für den operativen Bedarf, nämlich Artilleriegranaten des Kalibers 152 Millimeter“, schilderte sie. Es würde sich in diesem Fall um ein Geschenk handeln, präzisierte die Ministerin.
Die nächste Sitzung der tschechischen Regierung soll am Mittwoch, dem 26. Januar, stattfinden.
Auch der tschechische Außenminister, Jan Lipavsky, sprach von einer Lieferung von Artilleriemunition an die Ukraine:
„Wir suchen auch aktiv nach Möglichkeiten, um die Ukraine zu unterstützen. Unter anderem wird das tschechische Verteidigungsministerium bei der nächsten Sitzung des Ministerkabinetts vorschlagen, Artilleriegranaten an die Ukraine als Geschenk zu schicken“, gab er am Freitag bekannt. Die Regierung prüfe auch andere Möglichkeiten zur Unterstützung der Ukraine, „aber nicht alles kann im Voraus angekündigt werden“. Auf jeden Fall werde die Situation um die Ukraine auf den Regierungssitzungen aktiv diskutiert, teilte der Außenminister mit.
Laut Lipavsky ist sein Land bereit, mögliche neue Sanktionen gegen Russland zu unterstützen. „Die Debatte darüber ist im Gange und wir beteiligen uns aktiv daran“.
Gleichzeitig sprach sich der Minister dafür aus, dass die Kommunikationskanäle mit Russland offen bleiben. Die Verhandlungen im Nato-Russland-Rat und in der OSZE sollten fortgesetzt werden, betonte Lipavski.
Die Ukraine und mehrere westliche Länder hatten seit Wochen ihre Besorgnis über angebliche

verstärkte „aggressive Handlungen“ Russlands an den ukrainischen Grenzen zum Ausdruck gebracht. Russland wies die Vorwürfe des Westens und der Ukraine wiederholt zurück und betonte, dass Erklärungen über eine „russische Aggression“ als Vorwand für die Stationierung von mehr Nato-Technik unweit der russischen Grenzen missbraucht würden. Der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, erklärte mehrmals, dass Russland seine Truppen auf dem eigenen Territorium nach Belieben verlegen dürfe.
Die Beziehungen zwischen Tschechien und Russland sind seit längerem angespannt. Prag hatte russischen Geheimdiensten Mitte April 2021 vorgeworfen, hinter der Explosion im Munitionslager im tschechischen Vrbetice im Jahr 2014 zu stecken. Moskau bezeichnete die Anschuldigungen als absurd, unbegründet und aus der Luft gegriffen. Auch wiesen die beiden Länder gegenseitig Diplomaten aus.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e5/04/09/1634037_0:41:2048:1193_1920x0_80_0_0_b2acbedbdce951945be313fed3599159.jpg

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 21. Januar 2022 wurde keine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.rt.com: **"Schrecklicher Akt der Gewalt" – Zahlreiche Tote und Verletzte nach Saudi-Luftangriffen im Jemen**
Bei einer Luftoffensive der von Saudi-Arabien geführten Koalition wurden im Jemen zahlreiche Zivilisten getötet und verletzt, darunter auch Kinder. Das Internet ist durch die heftigen Luftangriffe auf das ärmste Land der arabischen Welt seit Freitagnacht ausgefallen.
In der Nacht auf Freitag hat die von Saudi-Arabien angeführte Kriegskoalition in mehreren Gebieten im Jemen Luftangriffe geflogen. Im Norden des Landes wurden bei einem Angriff auf ein Gefängnis nach Angaben des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes (IKRK) mehr als 100 Häftlinge getötet oder verletzt.
Zudem seien bei der Bombardierung der Stadt Saada unweit der Grenze zu Saudi-Arabien 140 Menschen verletzt worden, erklärte ein Sprecher der dortigen Gesundheitsbehörde am Freitag. Rettungskräfte suchten nach weiteren Opfern. Zahlreiche Menschen würden noch vermisst, so der Sprecher weiter.
Bei den Opfern handle es sich um Zivilisten, darunter Flüchtlinge. Unter anderem aus Ostafrika erreichten in den vergangenen Jahren zahlreiche Schutzsuchende das verarmte Land, teils in der Hoffnung, von dort in die reicheren Golfstaaten zu gelangen. Die Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen (MSF) berichtete unter Berufung auf Mitarbeiter vor Ort, mindestens 200 Verletzte seien in ein lokales Krankenhaus eingeliefert worden.
Die Zahlen stammten aus einem Krankenhaus in Saada, erklärte der MSF-Sprecher, was

bedeute, dass die Zählung bei weitem noch nicht abgeschlossen ist: "Zwei weitere Krankenhäuser in der Stadt haben ebenfalls viele Verletzte aufgenommen und die Trümmer werden noch durchsucht." Am Ort des Angriffs lägen unzählige Leichen.
"Es scheint ein schrecklicher Akt der Gewalt gewesen zu sein", so der MSF-Sprecher.
In der Nacht auf Freitag habe es auch Luftangriffe auf andere Gebiete gegeben, darunter in der lange von Saudi-Arabien blockierten, für die Versorgung des Jemen entscheidenden Hafenstadt Hodeidah am Roten Meer.
Ein von den Huthis veröffentlichtes Video zeigte Leichen in den Trümmern und viele Verletzte, nachdem in der Nacht zuvor ein Telekommunikationszentrum bei einem Luftangriff zerstört worden war. Dadurch kam es zu einem flächendeckenden Ausfall des Internets. Laut der Organisation NetBlocks, die sich mit Cybersicherheit und der Verwaltung des Internets befasst, begann die Unterbrechung gegen 1 Uhr in der Früh und betraf TeleYemen. Das staatliche Unternehmen kontrolliert das Internet im Land.
Es sei nicht bekannt, ob die Telekommunikationsinfrastruktur gezielt angegriffen wurde, doch deuteten visuelle Untersuchungen darauf hin, dass dies der Fall sein könnte, teilte NetBlocks mit. Der Norwegische Flüchtlingsrat verurteilte den Angriff als "eklatanten Angriff auf die zivile Infrastruktur, der sich auch auf unsere Hilfslieferungen auswirken wird".
Jemen ist durch ein FALCON-Unterseekabel im Hafen von Hodeidah mit dem Datenverkehr des Internets verbunden. Die Landkabel nach Saudi-Arabien wurden zu Beginn des Krieges gekappt. Eine weitere Anschlussstelle des FALCON-Kabels liegt weiter östlich im Hafen Ghaydah. Der Großteil der jemenitischen Bevölkerung lebt jedoch im Westen des Landes.
Eine Unterbrechung des FALCON-Kabels im Jahr 2020, die durch den Anker eines Schiffes verursacht wurde, führte ebenfalls zu weitreichenden Internetausfällen im ganzen Land.
Die staatliche Nachrichtenagentur Saudi-Arabiens erklärte am Freitag, die Koalition habe "Präzisionsluftangriffe … durchgeführt, um die Fähigkeiten der Huthi-Miliz in Hodeidah zu zerstören". Einen Angriff auf das Kommunikationsnetz bestätigte die Koalition nicht, sondern bezeichnete Hodeidah als Drehscheibe für Piraterie und iranischen Waffenschmuggel zur Unterstützung der Huthis. Zuvor im Januar hatte die von Saudi-Arabien geführte Koalition angegeben, dass sich dort eine Waffenfabrik der Ansar Allah befände. Dies stellte sich allerdings kurz darauf als peinlicher Fake heraus.
Der Huthi-Satellitennachrichtensender Al-Masirah meldete, dass bei dem Angriff auf das Telekommunikationsgebäude Menschen getötet und verwundet wurden und sendete Bilder von der Suche nach Überlebenden in den Trümmern, während Helfer blutüberströmte Überlebende versorgten.
Laut der Hilfsorganisation Save the Children wurden bei dem Luftangriff auf Hodeidah mindestens drei Kinder getötet.
"Die Kinder spielten Berichten zufolge auf einem nahe gelegenen Fußballplatz, als die Raketen in der Hafenstadt Hodeidah einschlugen", hieß es in einer Erklärung.
Bei einem mutmaßlichen Drohnenangriff der Huthis im Emirat Abu Dhabi wurden vor einigen Tagen mindestens drei Menschen getötet. Das Land werde nach dem Angriff von seinem Recht auf Selbstverteidigung Gebrauch machen, warnte daraufhin der Berater des Präsidenten der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), Anwar bin Mohammed Gargasch.
Der Uno-Sicherheitsrat sollte am Freitag zu einer Dringlichkeitssitzung über die Angriffe auf die Emirate zusammentreten. Dies geschah auf Antrag des Golfstaates, der seit dem 1. Januar einen der nicht ständigen Sitze im Rat innehat. Vor der Sitzung veröffentlichte das UN-Gremium eine Erklärung, in der auch die jüngsten Angriffe im Jemen verurteilt werden. "Wir sind sehr besorgt. … Das ist nicht akzeptabel", sagte Mona Juul, die norwegische Botschafterin bei den Vereinten Nationen und derzeitige Präsidentin des Uno-Sicherheitsrats, auf Fragen von Medienvertretern.
Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) sind Teil des saudischen Bündnisses, das seit 2015 in einem hartnäckigen Konflikt gegen die Huthis kämpft. Dabei wurden bereits Millionen von

Jemeniten vertrieben und zahlreiche Zivilisten getötet, während das Land in eine der schlimmsten humanitären Krisen der Welt stürzte.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61eb1a4748fbef479a6b8bd9.jpg

de.rt.com: **USA beschuldigen weißrussische Behörden wegen Ryanair-Vorfalls der Luftpiraterie**

US-Behörden haben Anklage gegen den Direktor der weißrussischen Flugsicherung, seinen Stellvertreter und zwei Geheimdienstmitarbeiter erhoben. Sie sollen eine Bombendrohung fabriziert haben, um den weißrussischen Oppositionsaktivisten Protassewitsch festzunehmen.

In den Vereinigten Staaten wurden mehrere weißrussische Beamte wegen Luftpiraterie im Zusammenhang mit dem Vorfall des Ryanair-Flugs im Mai 2021 angeklagt. Eine diesbezügliche Erklärung hat das US-Justizministeriums auf seiner Webseite veröffentlicht.

Gegen den Generaldirektor der weißrussischen staatlichen Flugsicherungsgesellschaft Belaeronavigatsia, Leonid Tschuro, seinen Stellvertreter Oleg Kasjutschiz und zwei Mitarbeiter des weißrussischen Geheimdienstes wurde Anklage erhoben. Ihnen wird vorgeworfen, an einer Verschwörung zur Luftpiraterie beteiligt gewesen zu sein, die zum Ziel hatte, den Ryanair-Flug des weißrussischen Oppositionsaktivisten Protassewitsch umzuleiten.

Im Mai musste ein Ryanair-Flug zwischen Athen und Vilnius aufgrund einer Bombendrohung auf dem Flughafen Minsk zwischenlanden. An Bord befand sich Roman Protassewitsch, der ehemalige Leiter des weißrussischen oppositionellen Telegramkanals Nexta, gegen den in Weißrussland ein Strafverfahren läuft. Protassewitschs Freundin Sofia Sapega war mit an Bord. Die beiden wurden auf dem Minsker Flughafen festgenommen. Bei einer Durchsuchung des Flugzeugs wurden keine gefährlichen Gegenstände gefunden.

Washington ist der Ansicht, dass die weißrussischen Behörden die Drohung erfunden haben, um das Flugzeug zur Landung in Minsk zu zwingen, so das US-Justizministerium in der Erklärung. Die weißrussischen Behörden wollten einen politischen Journalisten und Aktivisten, der die weißrussische Regierung kritisierte, sowie seine Freundin festnehmen, so die US-Behörde weiter. Staatsanwalt Damian Williams vom südlichen Bezirk von New York sagte:

"Wir beabsichtigen, die Hauptbeteiligten an dieser schockierenden Luftpiraterie-Verschwörung strafrechtlich zu verfolgen, die nicht nur gegen internationale Normen und das US-Strafrecht verstieß, sondern auch das Leben von vier US-Bürgern und zahlreichen anderen Passagieren an Bord gefährdete."

In der Anklageschrift heißt es, Tschuro habe die Fluglotsen persönlich angewiesen, welche Anweisungen sie dem Flugzeug zur Landung auf dem Flughafen Minsk geben sollten. Kasjutschizs Rolle bestand nach Angaben des US-Justizministeriums darin, für die Fälschung von Berichten über den Ryanair-Vorfall zu sorgen, um die Rolle der weißrussischen Sonderdienste dabei zu verschleiern.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61ea685f48fbef479a6b8b09.jpg

dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 21. Januar 3:00 Uhr bis 22. Januar 3:00 Uhr**
In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im GZKK eine Verletzung des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.
Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:
Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).
In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich die Ortschaft **Alexandrowka.**
Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.
Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 2.
In den vorangegangenen 24 Stunden wurden vier Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: U**SA planen Evakuierung von Botschaftsmitarbeitern in Ukraine – CNN**
Die US-Botschaft in Kiew soll bei dem US-Außenministerium eine Genehmigung für die Abreise aller nicht unmittelbar benötigten Mitarbeiter und ihrer Familien beantragt haben. Dies berichtet der Sender CNN unter Berufung auf mehrere Quellen, die mit der Angelegenheit vertraut sein sollen.
Zudem sollen die Vereinigten Staaten die Ukraine darüber informiert haben, dass sie „voraussichtlich schon nächste Woche“ mit der Evakuierung der Familien von Diplomaten der Botschaft in Kiew beginnen würden, teilte der Sender unter Verweis auf eine „der ukrainischen Regierung nahestehende Quelle“ mit. Der ukrainische Präsident, Wladimir Selenski, soll demnach mit US-Außenminister Antony Blinken über die Angelegenheit gesprochen und das Vorgehen als eine „übermäßige Reaktion“ bezeichnet haben.
Das US-Außenministerium soll auf Anfrage des Senders CNN mitgeteilt haben, es habe „zu diesem Zeitpunkt nichts zu verkünden“. Man führe wie immer eine strenge Notfallplanung für den Fall durch, dass sich die Sicherheitslage verschlechtere, hieß es. Die Botschaft habe eine Stellungnahme abgelehnt.
Am Freitag hatte die Nachrichtenagentur Bloomberg unter Verweis auf mit der Angelegenheit vertraute Quellen berichtet, die USA würden die Evakuierung der Familienangehörigen von in der Ukraine tätigen Diplomaten erwägen. Zudem sollen nicht unbedingt erforderliche Mitarbeiter der US-Botschaft in Kiew die Möglichkeit erhalten, freiwillig abzureisen. Eine entsprechende Ankündigung könnte in den nächsten Tagen erfolgen, hieß es.
In einer am 20. Dezember 2021 veröffentlichten Reisewarnung hatte das US-Außenministerium US-Bürgern weiterhin von Reisen in die Ukraine aufgrund der Corona-

Lage abgeraten und empfohlen, Reisen „aufgrund der zunehmenden Bedrohungen aus Russland zu überdenken“.
Nach den Informationen auf ihrer Website beschäftigt die US-Botschaft in Kiew etwa 180 US-Staatsangehörige und 560 Ukrainer.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e4/0c/0f/165825_0:54:1025:630_1920x0_80_0_0_b5bdc7b540e73d67064a46b79ceb4cbd.jpg

de.rt.com: **UNO lobt Chinas Rolle bei Entwicklungszusammenarbeit**
Ein hochrangiger Verantwortlicher der Vereinten Nationen hat die Volksrepublik für ihren Einsatz bei der Förderung der Entwicklungszusammenarbeit gelobt. Diese müsse angesichts der Herausforderungen durch die Corona-Pandemie weiter verstärkt werden.
Liu Zhenmin, der Untergeneralsekretär der Vereinten Nationen für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten, lobte am Donnerstag Chinas proaktive Rolle bei der Förderung der Entwicklungszusammenarbeit durch die Gründung der Gruppe der Freunde der Globalen Entwicklungsinitiative (GDI). Das berichtete die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua.
Die Welt befinde sich laut dem UN-Verantwortlichen bei der Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung in einer kritischen Phase. Die COVID-19-Pandemie bedrohe die jahrzehntelange harte Arbeit zur Beseitigung der Armut. Kinder seien durch sie aus der Schule verdrängt worden. Dies könne einen wichtigen Weg der sozialen Mobilität schwächen. Die Pandemie habe zudem den globalen Hunger vergrößert. Auch im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter habe es negative Entwicklungen gegeben, so Liu bei der Auftaktsitzung der Gruppe.
Laut einem UN-Bericht zur weltweiten Wirtschaftslage und zu den möglichen Prognosen für 2022 gebe es erhebliche Bedrohungen für die globale wirtschaftliche Erholung. Zu diesen Bedrohungen zählen dem Bericht zufolge neue Wellen von COVID-Infektionen, anhaltende Probleme auf dem Arbeitsmarkt, anhaltende Unterbrechungen der Lieferketten und steigender Inflationsdruck, wie der UN-Verantwortliche erklärte. Liu stellte diesbezüglich fest: "Angesichts dieser Krisen ist die Botschaft klar. Es ist an der Zeit, in großem Umfang zu handeln. Es ist an der Zeit für Zusammenarbeit und effektive multilaterale Kooperation. Es ist Zeit für Innovation und transformativen Wandel. Gemeinsam müssen wir dringend den politischen Ehrgeiz für globale Entwicklungspartnerschaften erhöhen, um den Fortschritt zu beschleunigen."
Die UNO begrüße in diesem Zusammenhang "die proaktive Rolle Chinas bei der Förderung der Entwicklungszusammenarbeit, der Mobilisierung von Ressourcen (für die Ziele der nachhaltigen Entwicklung) und der Schaffung eines allgemeinen Bewusstseins für die dringlichsten Maßnahmen in den wichtigsten Prioritätsbereichen." Die internationale

Organisation schätze "Chinas Führungsrolle bei der Einrichtung einer Gruppe von Freunden der GDI, die einen wichtigen Beitrag zur Einbindung einer Vielzahl von Interessengruppen leisten kann."
Liu brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, dass die GDI zur Verbesserung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit beitragen werde. Insbesondere zur Unterstützung der am wenigsten entwickelten Länder und anderer Entwicklungsländer. Die UN-Hauptabteilung für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten, die Liu leitet, sei bereit, diese Initiative und die Gruppe der Freunde weiterhin zu unterstützen.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61eaa141b480cc697e0549d0.jpeg

Lug-info.com: In der LVR sind am 22. Januar um 9:00 Uhr 22.145 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.
428 Personen sind derzeit erkrankt, 18.573 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.
Seit Beginn der Pandemie gibt es 3144 Todesfälle.

de.rt.com: **Ukrainischer Präsident Selenskij verhängt Sanktionen gegen österreichische Architekten**
Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat weitere Sanktionen gegen ausländische Personen und Unternehmen erlassen. Betroffen sind in erster Linie russische Bürger und Firmen. Auf der Liste finden sich aber auch österreichische Architekten aus einem Büro in Wien.
Am Freitag hat der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij einen Erlass mit Sanktionen gegen ausländische Bürger und Unternehmen unterzeichnet. Somit setzte er den Beschluss des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats vom 30. Dezember in Kraft. Der Text des Dokuments wurde auf der Website des Präsidentenbüros veröffentlicht.
Auf der Sanktionsliste stehen mehr als 20 überwiegend russische Unternehmen, die in verschiedenen Bereichen tätig sind: von Versicherung über Bauwesen bis hin zu Kunst und Kultur. Bei den betroffenen Personen handelt es sich vor allem um Beamte und Richter der Schwarzmeer-Halbinsel Krim.
Mit Strafmaßnahmen sind darüber hinaus das österreichische Architekturbüro Coop Himmelb(l)au mit Sitz in Wien und seine sechs Vertreter belegt: Harald Krieger, Alexander Ott, Wolf Dieter Prix, Markus Prossnigg, Benjamin Schmidt und Karolin Schmidbaur. Laut Medienberichten steht die Entscheidung im Zusammenhang mit einem geplanten Museums- und Theaterkomplex in der Krim-Stadt Sewastopol. Die Sanktionen gelten vorerst für fünf Jahre und sehen unter anderem die Sperrung von Vermögen und Aktiva der Betroffenen in der Ukraine – falls es sie dort gibt – vor. Den Architekten ist auch die Einreise in die Ukraine untersagt.

Wie die österreichische Zeitung Kurier schreibt, habe die Staatsanwaltschaft Wien wiederholt bestätigt, dass Coop Himmelb(l)au mit seinen Aktivitäten auf der Krim nicht gegen EU-Sanktionsbestimmungen und das österreichische Strafrecht verstoßen habe. Die Anklagebehörde habe Wolf Dieter Prix' Sewastopol-Projekt in den Jahren 2019 und 2020/2021 geprüft. In Ermangelung eines Anfangsverdachts sei jeweils kein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden.
Im Dezember 2020 hatte der Architekt der österreichischen Nachrichtenagentur APA angesichts der vom ukrainischen Außenministerium angedrohten Sanktionen gesagt, er habe nicht vor, in den Ferien nach Tschernobyl zu fahren. Er würde auch lieber eine Oper als ein Atomkraftwerk oder eine Kaserne bauen.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61ebb5b9b480cc077f3e1ef6.jpg

snanews.de: **Russische Söldner in Mali? „Wir werden nicht weichen“ – Lambrecht**
Deutschlands Verteidigungsministerin Christine Lambrecht hat einen Abzug der Bundeswehr aus dem westafrikanischen Krisenstaat Mali wegen der dort angeblich agierenden russischen Söldner abgelehnt. Malis Regierung bestreitet allerdings, russische Söldner ins Land geholt zu haben.
„Moskau wird es nicht gelingen, über die Entsendung von Söldnern den Westen quasi automatisch überall dort zum Rückzug zu bewegen, wo Russland uns nicht sehen will“, sagte Lambrecht der „Welt am Sonntag“.
„Wir werden nicht weichen, so einfach machen wir es den Russen nicht“, wurde die SPD-Politikerin von der Deutschen Presse-Agentur zitiert.
Die vom Militär beherrschte Interimsregierung in Mali hatte jüngst die Anwesenheit russischer Ausbilder im Land zugegeben und betont, sie mit dem gleichen Mandat ausgestattet zu haben wie die EU-Ausbildungsmission EUTM.
Deutschland und weitere Länder hatten ihr dagegen vorgeworfen, Söldner der russischen Firma Wagner ins Land geholt zu haben, was Malis Interimsregierung bisher bestritten hat. Die EU wirft Wagner vor, Gewalt zu schüren sowie Zivilisten einzuschüchtern und hat Sanktionen gegen die Organisation verhängt.
Allerdings stellte Lambrecht auch Forderungen an Malis militärische Übergangsregierung, die seit dem Putsch vom vergangenen Mai, bereits dem dritten seit 2012, das 20 Millionen Einwohner zählende Land führt.
„Wenn man die Bundeswehr im Land will, dann muss man auch dafür sorgen, dass die Bedingungen stimmen“, sagte die Verteidigungsministerin. Die Soldatinnen und Soldaten müssten sich ungehindert bewegen können und bestmöglich geschützt werden. Dazu gehöre auch der Schutz durch Drohnen.
„Ich werde gegenüber der malischen Regierung sehr deutlich machen, dass es auch nicht sein kann, dass Wahlen für fünf Jahre ausgesetzt werden oder sie mit Söldnern zusammenarbeitet,

die sich schwerer Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht haben“, betonte Lambrecht.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e5/01/01/359810_0:194:2953:1855_1920x0_80_0_0_779db7bc6338cfe60d280a0d1070fc78.jpg

Mzdnr.ru: Am 22. Januar wurden in der DVR 1434 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 306 positiv, bei 19 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch gestellt.
In den letzten 24 Stunden wurden 53 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 12 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 33 ins Krankenhaus eingewiesen.
Insgesamt sind 624 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 352 mit Sauerstoffunterstützung (+13 in den letzten 24 Stunden).
Am 22. Januar um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 121.880 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.
3139 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 109.259 als gesund entlassen, es gibt 9482 Todesfälle.

de.rt.com: **Medienberichte: Berlin blockiert Lieferung von estnischen Waffen aus DDR-Beständen an die Ukraine**
Die Bundesregierung hat am Freitag offensichtlich den Antrag Estlands, Waffen aus den Beständen der früheren Nationalen Volksarmee der DDR an die Ukraine liefern zu dürfen, abgelehnt. Dies meldete die Zeitung Wall Street Journal am Freitag.
Wie das Wall Street Journal (WSJ) meldet, hat Berlin ein Gesuch der estnischen Regierung abgelehnt, Haubitzen aus früheren DDR-Beständen an die Ukraine zu liefern.
Im Gegensatz zu den USA, Großbritannien, Polen und anderen Verbündeten hat es die deutsche Regierung abgelehnt, tödliche Waffen direkt in die Ukraine zu exportieren. Das entspricht der generellen Praxis Deutschlands, Waffenlieferungen in Krisengebiete nicht zu genehmigen.
Im Fall von Estland, einem kleinen Land an der Nordgrenze Russlands, weigert sich Berlin ebenfalls, diesem Drittland die Lieferung von Artillerie an die Ukraine zu gestatten, weil die Waffen nach Angaben estnischer und deutscher Beamter aus Deutschland, namentlich aus Beständen der früheren Nationalen Volksarmee (NVA) stammen. Sie wurden in den 90er Jahren unter der Bedingung, über ihre künftige Weitergabe mitzuentscheiden, an neue NATO-Mitgliedsländer geliefert, die früher Teil des Ostblocks waren und selbst über Waffenbestände sowjetischer Produktion verfügen.
Estland hat den Antrag Mitte Januar gestellt, worüber unter anderem die Welt berichtet hat. Das baltische Land hatte zuvor erklärt, dass es "dutzende" Javelin-Panzerabwehrraketen und einige 122-mm-Haubitzen in die Ukraine schicken wolle. Die Haubitzen stammen noch aus der DDR, gehörten später der Bundesrepublik und wurden in den 1990er Jahren zunächst

nach Finnland verkauft. Finnland und Deutschland müssen deshalb einer Lieferung der Geschütze an die Ukraine zustimmen.
Der Bericht des WSJ konnte am Freitagabend angesichts schon eingetretenen Dienstschlusses im Verteidigungsministerium und dem zuständigen Bundeskanzleramt nicht überprüft werden. In der Bundespressekonferenz am Freitag bestätigte der Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums, Kapitän zur See Davon Helmbold, dass es eine Anfrage der estnischen Regierung gegeben habe, die sich nach seinem Kenntnisstand noch in der Ressortabstimmung befand. Zu konkret angefragten Waffensystemen hatte Helmbold keine Kenntnis, auch zum voraussichtlichen Zeitrahmen konnte er keine Angaben machen.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61eb21bab480cc6fac258628.jpg

de.rt.com: **Kein US-Visum für Raumfahrer aus Russland: Roskosmos bittet NASA um Erklärung**
Für Russen ist es derzeit enorm schwierig, ein US-Visum zu erhalten. Das US-Außenministerium erklärt dies mit dem fehlenden Personal. Für Sonderfälle hat man bislang Ausnahmen gemacht. Der Fall eines Kosmonauten bereitet der russischen Raumfahrtbehörde nun Sorgen.
Nach Angaben der russischen Medien sollen die US-Behörden dem russischen Kosmonauten Nikolai Tschub ein Einreisevisum verweigert haben. Dabei wurde eine anonyme informierte Quelle zitiert, der zufolge die US-Seite keine Erklärung für diesen abschlägigen Bescheid angeführt habe. Der Flug des Kosmonauten zur ISS sei für den Frühling 2023 geplant. Traditionellerweise absolviere jeder russische Expeditionsteilnehmer ein Training im Lyndon B. Johnson Space Center in Houston, um unter anderem die Ausstattung des US-Segments der ISS kennen zu lernen. Auch in Russland gebe es ein ähnliches Ausbildungsprogramm für US-Astronauten.
Der Generaldirektor der russischen Raumfahrtbehörde Roskosmos, Dmitri Rogosin, zeigte sich besorgt wegen der Situation. Auf Twitter und Telegram gab er bekannt, er werde den NASA-Leiter Bill Nelson um eine Stellungnahme bitten. Dies sei ein gefährlicher Präzedenzfall für die Zusammenarbeit auf der ISS.
In Roskosmos hieß es, sollte der Kosmonaut auf eine eventuelle Notsituation im US-Segment nicht vorbereitet werden können, könnte dies seine Sicherheit und die des US-Segments gefährden. Da man eine unvorbereitete Crew unter keinen Umständen ins All schicken werde, müsse der Ausbildungsplan von Tschub geändert werden.
Tschub gehört seit dem Jahr 2012 zum sogenannten Kosmonautentrupp. Bislang hat er keine Raumfahrterfahrung.
Seit Herbst 2021 zählt das US-Außenministerium Russland zu den sogenannten "heimatlosen Nationalitäten". Dort befinden sich Staaten, deren Bürger in ihrer Heimat kein US-Visum beantragen können. Als Grund dafür gelten die fehlende konsularische Vertretung der USA

oder das mangelnde Personal. Auf dieser Liste stehen unter anderem Kuba, Iran, Libyen und Somalia. Russischen Bürgern wird angeboten, ein US-Visum in der polnischen Hauptstadt Warschau zu beantragen. Eine Ausnahme macht man nur für Notfälle.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61ebcb1348fbef486505b86e.jpg

nachmittags:

de.rt.com: **Iranischer Präsident: Welt kann "böse Allianz von USA und terroristischen Gruppen" klar erkennen**

Das iranische Staatsoberhaupt Ebrahim Raisi hat in einer Rede vor dem russischen Parlament die Bedeutung der Beziehungen zwischen Russland und Iran hervorgehoben. Zudem verwies er auf die jüngsten Niederlagen der USA im Nahen Osten.

Der iranische Präsident Ebrahim Raisi hat am Donnerstag während einer Rede vor der russischen Staatsduma erklärt, dass die Welt eine mutmaßliche "böse Allianz" der USA mit terroristischen Gruppen in der Region von Syrien bis Afghanistan klar erkennen könne, wie die iranische Nachrichtenagentur Fars News berichtete.

Raisi, der sich am Tag zuvor in Moskau mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin getroffen hatte, warnte zudem vor einer "neuen Mission" salafistischer Terrorgruppen "vom Kaukasus bis nach Zentralasien". Als geeignetes Mittel, um Extremismus und salafistischen Terrorismus zu bekämpfen, empfahl er die "reine islamische Lehre".

Der Hauptgrund für das Scheitern der US-Politik der Militärokkupation und die Flucht der USA aus dem Irak und Afghanistan sei der Widerstand der Nationen gewesen, so das iranische Staatsoberhaupt. Er erklärte:

"Die Idee des Widerstands dient der Unabhängigkeit von Staaten. In der heutigen Zeit spielt das Konzept des Widerstands eine zentrale Rolle in Abschreckungsgleichungen."

Raisi zufolge befinden sich die Vereinigten Staaten in der schwächsten Position, in der sie jemals waren. Ihre "Strategie der Beherrschung" sei Dank des "Widerstandes" unabhängiger Nationen wie Iran und Russland gescheitert.

"Das Wichtigste in dieser Zeit, was die Wachsamkeit erfordert, ist, dass die Wünsche nach Herrschaft nicht verschwunden sind und neue Formen der Herrschaft auf der Tagesordnung stehen."

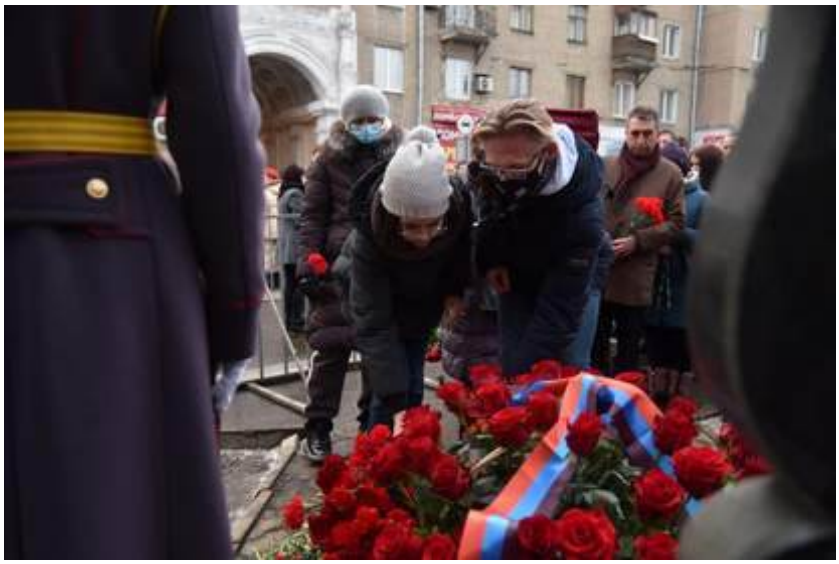
Diese neue Formen der Herrschaft würden darauf abzielen, unabhängige Staaten zu schwächen. Dabei würden insbesondere wirtschaftliche Sanktionen zum Einsatz kommen und die Instabilität und Unsicherheit gefördert werden. Raisi erläuterte den Sinn solcher Methoden:

"So versuchen sie, den Platz des Unterdrückers und des Unterdrückten in der öffentlichen Meinung zu verändern."

Ein internationales System, das auf Beherrschung beruhe, habe keine anderen Resultate als Krieg, Gewalt, Unsicherheit und Zwietracht zwischen Nationen hervorgebracht. Iran sei fest entschlossen, mit allen Staaten der Welt "maximale Interaktion" zu fördern, insbesondere mit seinen Nachbarstaaten und Verbündeten.
"Zweck und Grundlage dieser Zusammenarbeit und Interaktion sind die gegenseitigen Interessen der Nationen und die zunehmende Bildung einer 'zivilisierten Weltgemeinschaft'." Raisi bekräftigte zudem Irans Willen und Bereitschaft, seine Beziehungen mit Russland zu erweitern. Es gebe "sehr klare Horizonte für die Kooperation" zwischen beiden Staaten auf verschiedenen Ebenen.
In Syrien hätten beide Staaten ein "erfolgreiches" Modell der Zusammenarbeit entwickelt, das "die Unabhängigkeit der Staaten" sowie die "Konsolidierung der regionalen Sicherheit" als Weiterentwicklung "des Widerstandes des syrischen Volkes und der Regierung" gewährleistet habe.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61eab3a748fbef4654367963.jpg

dnronline.su/denis-pushilin.ru: **Heute, am 22. Januar, fand im Leninskij-Bezirk von Donezk an der Haltestelle „Bosse“ eine Trauerkundgebung** zum Gedenken an die Einwohner **statt,** die hier durch Beschuss von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine am 22. Januar 2015 starben. An der Veranstaltungen nahmen das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin, Abgeordnete des Volkssowjets, Vertreter örtlicher Staatsorgane und hunderte von Einwohnern der Stadt teilt.
„Das ist leider nicht das einzige Verbrechen von Seiten der Ukraine gegen die Einwohner des Donbass. Aber dieser terroristische Akt macht sich schmerzlich bemerkbar, obwohl die Jahre weitergehen. In der Seele jedes Einwohners des Donbass ist das eine sehr ernste Wunde. Jeder stellt sich an der Stelle der einfachen Menschen vor, die an diesem frostigen Morgen in ihren Angelegenheiten unterwegs waren und sehr leicht kann man sich das Bild vorstellen, wie sich zum letzten Mal die Türen schlossen – die Türen werden sie nie wieder öffnen“, sagte Denis Puschilin.
Er sagte, dass diese blutige Tragödie den Donbass noch weiter von der verbrecherischen Ukraine entfernte.
„Dieses Datum ist für viele Jahrzehnte in unser Leben gekommen. Es ist schwer zu vergessen, schwer aus dem Gedächtnis zu entfernen. Es ist wichtig, sich daran zu erinnern“, sagte das Staatsoberhaupt.
Die Kundgebungsteilnehmer ehrten das Andenken der friedlichen Einwohner mit einer Schweigeminute. Damals starben acht Menschen und 17 wurden verletzt.



https://denis-pushilin.ru/wp-content/uploads/2022/01/Tragediya_bosse_22.02.2021g-35.jpg

https://denis-pushilin.ru/wp-content/uploads/2022/01/Tragediya_bosse_22.02.2021g-29.jpg

snanews.de: **Washington will Antwort auf Moskaus Sicherheitsvorschläge nicht publik machen – Zeitung**

Die USA werden laut Außenminister Antony Blinken kommende Woche Russland eine schriftliche Antwort auf die Sicherheitsvorschläge seitens Moskaus zukommen lassen. Nach Informationen der Zeitung „The Washington Post“ hat die US-Seite Russland gebeten, das Schreiben nicht zu veröffentlichen.

US-Beamte baten ihre russischen Amtskollegen demnach, das Dokument geheim zu halten. Jedoch habe ein ranghoher Beamter des Außenministeriums eingeräumt, dass der Kreml beschließen könnte, das Schreiben, das die Vereinigten Staaten in der nächsten Woche abschicken sollten, zu veröffentlichen, hieß es.

Die schriftliche Antwort der Regierung Biden, die US-Sicherheitsvorschläge enthalten und das Interesse Washingtons an einer Fortsetzung des Dialogs demonstrieren solle, werde zwar im Vergleich zu den russischen Forderungen nach einer Beendigung der Nato-Politik der offenen Tür zu kurz greifen. Allerdings sei die US-Regierung der Ansicht, dass es sich lohnen werde, einen Brief zu verfassen, der vom russischen Präsidenten, Wladimir Putin, direkt gelesen werden könne, so der Beamte, der anonym bleiben wollte.

„Es gibt nur einen Entscheidungsträger in Russland, und das ist Präsident Putin“, zitiert die Zeitung einen weiteren US- Regierungsbeamten. „Falls es die Antwort dem wichtigsten

Entscheidungsträger in Russland ermöglicht, sich mit diesen Ideen zu befassen und zu entscheiden, ob er voranschreiten wird oder nicht, ist das in unserem Interesse.“
Russlands Außenminister Sergej Lawrow und sein US-Amtskollege, Antony Blinken, haben am Freitag ein Treffen in Genf abgehalten. Die Zusammenkunft war von der US-Seite angesichts der Spannungen um den Konflikt im Osten der Ukraine Initiiert worden. Nach dem Gespräch teilte Blinken mit, er werde weitere Verhandlungen mit Lawrow führen, nachdem die USA voraussichtlich nächste Woche eine schriftliche Antwort auf die Sicherheitsvorschläge Russlands zur Begrenzung der Expansion und der Aktivitäten der Nato in Osteuropa vorgelegt hätten.
Ende 2021 hatte Russland Entwürfe für einen Vertrag mit den USA und ein Abkommen mit der Nato über Sicherheitsgarantien veröffentlicht. Insbesondere forderte Moskau von den westlichen Partnern rechtsverbindliche Garantien dafür, dass die Nato auf die Stationierung von Militärbasen in den ehemaligen Sowjetrepubliken, auf eine weitere Osterweiterung und vor allem auf den Beitritt der Ukraine zu dem Bündnis verzichtet.
Russland und die USA hielten am 9. und 10. Januar in Genf Konsultationen zu Moskaus Sicherheitsvorschlägen ab. Am Mittwoch fand in Brüssel eine Sitzung des Nato-Russland-Rates statt, gefolgt von Konsultationen auf der Wiener Plattform der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) am Donnerstag. Später teilte der russische Vize-Außenminister, Sergej Rjabkow, in einem Interview mit dem Fernsehsender RTVI mit, dass die USA und ihre Verbündeten alle Schlüsselpunkte von Russlands Sicherheitsvorschlägen abgelehnt hätten.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e6/01/16/5097344_0:0:3071:1728_1920x0_80_0_0_51b981bb7a65a11d4ab76fbd9af5d738.jpg

snanews.de: **US-Frachtflugzeug mit Militärhilfe landet in der Ukraine**
Ein US-Frachtflugzeug mit Militärhilfe für die Ukraine an Bord ist in der Nacht auf Samstag auf einem Flughafen der Hauptstadt Kiew gelandet, wie die dortige US-Botschaft auf Twitter mitteilte.
„Die erste Lieferung der Hilfe, die kürzlich von Präsident Biden an die Ukraine gerichtet wurde, ist in der Ukraine eingetroffen. Diese Sendung beinhaltet 200.000 Pfund (zirka 90 Tonnen – Anm. d. Red.) Fracht, darunter Munition für die Frontverteidiger der Ukraine“, heißt es.
Die Botschaft veröffentlichte Bilder, die das Flugzeug beim Entladen zeigten.
Waffenlieferungen an Kiew
Nachdem Großbritannien am Montag einen Rüstungsexport zur „Selbstverteidigung“ nach Kiew angekündigt hatte, hat das russische Außenministerium den Westen aufgefordert, von der Militarisierung der Ukraine und der „antirussischen Informationskampagne“ abzusehen. Auch eine mögliche Provokation gegenüber Russland schloss die Behörde nicht aus.

Schon seit einigen Tagen liefert Großbritannien laut der Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, mit militärischen Transportflugzeugen seiner Luftstreitkräfte Waffen an die Ukraine. Mittlerweile sei es offensichtlich, dass zumindest sechs Flüge organisiert wurden. Jedes Flugzeug kann ihr zufolge bis zu 77,5 Tonnen Fracht an Bord nehmen – das heißt, insgesamt etwa 460 Tonnen Waffen.
Darüber hinaus habe Kanada mehr als 200 Militärs unter dem Vorwand der Bewachung seiner Botschaft entsandt. Auch vonseiten der USA ist laut Sacharowa eine umfangreiche Unterstützung der Ukraine erfolgt: Insgesamt habe Washington Kiew von 2014 bis 2021 mit 2,5 Milliarden US-Dollar (zirka 2,2 Milliarden Euro) unterstützt, so die Sprecherin.

Deutschland lehnt vorerst Waffenlieferungen an Kiew ab

Die Ukraine hat sich mehrmals an die Europäische Union (EU) mit der Bitte gewandt, das Land militärisch zu unterstützen, und dabei auf ihr „heiliges Recht auf Selbstverteidigung“ verwiesen. Der russische Außenminister, Sergej Lawrow, hat die USA und die Nato für die Förderung der militaristischen Bestrebungen der Ukraine scharf kritisiert.
Deutschland will sich vorerst den Vereinigten Staaten und Großbritannien nicht anschließen. Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) hat zwar Solidarität mit der Ukraine bekundet, die jüngste Bitte um Waffenlieferungen jedoch abgelehnt.

Situation um die Ukraine

Das Verhältnis zwischen dem Westen und Russland ist in Bezug auf die Ukraine seit Monaten angespannt. Der Westen äußert die Befürchtung eines Angriffs seitens Russlands auf das Nachbarland und droht Russland seitdem mit schwerwiegenden Konsequenzen.
Moskau weist alle Vorwürfe einer angeblichen „Eskalation“ an der Grenze zur Ukraine zurück und verweist auf das Recht eines unabhängigen Staates, die eigenen Truppen innerhalb seines Staatsgebiets nach eigenem Ermessen zu bewegen.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e5/07/18/2955577_0:0:3083:1734_1920x0_80_0_0_783d6e524b76b6fb01fbd04f2db4ee38.jpg

Telegram-Kanal des Außenministeriums der DVR: **Die Außenministerin der DVR: die Idee des US-Kongresses, uns als Terroristen zu bezeichnen, ist absurd und ignorant**

Wir haben nicht zum ersten Mal mit den Formulierungen „Terroristen“, „Separatisten“, „Kämpfer“ und anderen Bezeichnungen zu tun, die sowohl in den Handreichungen der ukrainischen Regierung als auch deren westlichen Kuratoren enthalten sind. Das ist eine lang bekannt, schmutzige und zynische Methode unbegründeter Rhetorik, die propagandistische Zwecke verfolgt. Aber der vor kurzem vorgelegte Vorschlag von Kongressabgeordneten der USA, gewisse „von der RF unterstützte“ Kräfte im Donbass als ausländische terroristische Organisation anzuerkennen, verwundet und dennoch – nicht so sehr durch die Neuheit der Idee als durch die offene Absurdität und Ignoranz

Erstens ruft eine Menge Fragen hervor, wen genau die Behörden der USA als „von Russland unterstützte“ Kräfte ansehen. Möglicherweise weiß man in Washington nicht, dass die RF bereits seit fast acht Jahren der Einwohnern der Republik humanitäre Unterstützung leistet, praktisch vom Beginn des Konflikts an. In diesen Jahren sowie unter Berücksichtigung des Umfangs und der Art dieser Unterstützung kann man locker sagen, dass praktische die gesamte Bevölkerung der DVR eine solche Unterstützung von Seiten Russlands in der ein oder anderen Form erhalten hat. Folgt daraus also, dass der amerikanische Staat alle vier Millionen Einwohner des Donbass als Terroristen ausrufen will?
Zweitens, falls mit diesen „Kräften“ diese mythischen „russischen Truppen“ gemeinst sind, die westliche Beamte auf dem Territorium der Republiken zu sehen glauben, so empfehlen wir den Vertretern des Kongresses, sich mit dem den Stenogrammen der Sitzungen des UN-Sicherheitsrats bekannt zu machen, in einem von diesem wurde eine erschöpfende Antwort bezüglich des Fehlens der russischen Streitkräfte im Donbass vom Leiter der besonderen Beobachtermission der OSZE in der Ukraine Herrn Apakan persönlich gegeben.
Drittens raten wir den Behörden der USA sehr, ihre Aufmerksamkeit auf das Anfang 2022 in der Ukraine in Kraft getretene Gesetz über die Grundlagen des nationalen Widerstands zu richten. Mit diesem Dokument legalisiert Kiew die freiwilligen bewaffneten Formationen und bewaffnet sie – d.h. im Grunde Banditen und Terroristen, die unter dem Deckmantel irgendeines „Kampfes gegen den Aggressor“ juristische und praktische Unterstützung für weitere Terrorakte und andere Verbrechen im Donbass erhalten und dabei auch noch Straflosigkeit zugesichert bekommen. So kommt die offensichtliche Frage auf: Unterstützen die USA etwa schon offenen einen Staat, in dem solche Gesetze angenommen werden, bekennen sich die amerikanischen Kongressabgeordneten vielleicht schon selbst als Sponsoren des Terrorismus und des nationalen Ultraradikalismus, der von der Regierung der Ukraine in jeder Weise gefördert wird?
Und schließlich empfehlen wir der amerikanischen Führung nachdrücklich, sich mit den realen und nicht mit den ausgedachten oder von ukrainischen Beamten untergeschobenen Berichten über die Situation in den Republiken bekannt zu machen. Vielleicht wird in diesem Fall im Kongress ein Verständnis in Bezug auf das Ausmaß und die Grausamkeit der empörenden Verbrechen gegen die Menschlichkeit entstehen, die die ukrainischen bewaffneten Formationen und die Führer dieses Staates im ganzen in den letzten acht Jahren gegen Einwohner des Donbass begangen haben. Natürlich hegen wir keine besonderen Illusionen bezüglich der Chancen einer solchen Bewusstwerdung. Aber falls ein solches Verständnis dennoch entsteht, dann wir sich beim US-Kongress die Position bezüglich dessen, wer tatsächlich Terroristen sind, die Panzer und Flugzeuge gegen Menschen einsetzten, die einfach nur gehört werden wollten, klar verändern.

de.rt.com: **Ukrainischer Geheimdienst meldet angebliche Verlegung russischer Panzer in den Donbass**
Der ukrainische Geheimdienst hat berichtet, dass Russland Panzer und Artillerie in die nicht anerkannten Volksrepubliken Lugansk und Donezk verlegt habe. Den Angaben zufolge wurden mehrere Panzer und selbstfahrende Artilleriesysteme, Munition und über 7.000 Tonnen Treibstoff transferiert.
Seit Anfang Januar seien mehrere Einheiten von Panzern und selbstfahrenden Artillerie-Lafetten heimlich aus dem Territorium Russlands in die nicht anerkannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk verbracht worden. Dies meldete die Hauptnachrichtendirektion des Verteidigungsministeriums der Ukraine.
In dem Bericht heißt es, dass der Transport auf dem Schienen- und Straßenweg erfolgt sei. Zusätzlich zu den Panzern hätten die nicht anerkannten Republiken über 7.000 Tonnen Treibstoff, Munition (auch für Artilleriesysteme und Mörser) sowie andere Waffen erhalten.
Nach Angaben des ukrainischen Geheimdienstes habe Russland auch ein Netz von

Rekrutierungszentren eingerichtet, wo aktiv Söldner angeworben und in die Volksrepubliken Donezk und Lugansk geschickt würden.
Seinerseits erklärte am 21. Januar Eduard Bassurin, ein offizieller Vertreter der selbsternannten Volksrepublik Donezk, dass die Ukraine acht Smertsch- und Uragan-Raketensysteme in den Donbass verlegt habe. Die Volksrepublik Donezk sei der Überzeugung, dass Kiew aktive Kampfhandlungen in der Region vorbereite. Zuvor hatte Bassurin erklärt, dass die ukrainischen Streitkräfte Sabotageakte auf dem Gebiet der selbsternannten Volksrepubliken in der Nähe der Kontaktlinie vorbereiten würden.
Am Vortag hatte der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, verlauten lassen, die Ukraine werde mit Waffen vollgepumpt und Kiew setze das Minsker Maßnahmenpaket nicht um. Anfang Januar berichtete CNN, dass das Weiße Haus der Ukraine Militärhilfen in Höhe von 200 Millionen US-Dollar (176 Millionen Euro) bewilligt habe, die dem Land ein Radarsystem und Marineausrüstung bescheren sollen.
Russland forderte Washington wiederholt auf, neue Waffenlieferungen an die Ukraine abzulehnen, die Spannungen um den Donbass nicht weiter zu verschärfen und die Hitzköpfe in Kiew nicht zu neuen Provokationen zu verleiten.
Seit Ende Oktober 2021 berichten westliche Medien, darunter The Washington Post, Politico und Associated Press, über die Vorbereitungen Russlands auf eine Invasion in der Ukraine. Moskau wies die Vorwürfe wiederholt zurück. Der Leiter des russischen Auslandsgeheimdienstes, Sergei Naryschkin, stellte fest, dass die USA Berichte über Russlands Vorbereitungen für eine Invasion in der Ukraine nutzten, um Kiew zu einem Angriff auf den Donbass zu drängen.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61eaaf4148fbef49531f6d92.jpg

snanews.de: **Kämpfe nach IS-Angriff auf Gefängnis in Syrien dauern an**
Zwei Tage nach dem heftigen Angriff der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) auf ein Gefängnis im Nordosten Syriens konnten viele der geflohenen Insassen nach Angaben einer Kurdenmiliz wieder gefasst werden. Die Gefechte in der Stadt Al-Hassaka dauerten am Samstag jedoch weiter an.
Am Donnerstag waren Berichten zufolge mindestens 20 IS-Anhänger aus der Haftanstalt ausgebrochen, nachdem Angreifer zwei Autobomben am Eingang des Gefängnisses gezündet hatten. In einer in den sozialen Medien verbreiteten Erklärung bekannte sich der IS zu der Tat. Die von der kurdischen YPG-Miliz angeführten Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF), die die Stadt kontrollieren, fahndeten mit einem Großaufgebot nach den Geflohenen. Zahlreiche geflohene Anhänger der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) seien gefasst worden, teilte ein SDF-Sprecher am Samstag der Deutschen Presse-Agentur mit.
Nach Informationen der in London ansässigen Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte waren insgesamt Dutzende auf der Flucht. Bei dem Überfall auf das

Gefängnis seien mehr als 70 Menschen ums Leben gekommen, darunter 45 Dschihadisten. US-Truppen unterstützten den Kampf gegen die Extremisten mit Luftschlägen.
Es war einer der schwersten IS-Angriffe in Syrien in den vergangenen Jahren. Ziel war die Befreiung inhaftierter Anhänger. Nach Angaben kurdischer Medien sitzen rund 5000 IS-Anhänger in der betroffenen Haftanstalt ein.
Nur einen Tag später griffen IS-Terroristen im benachbarten Irak einen Militärstützpunkt an. Bei der Attacke in der Provinz Dijala rund 60 Kilometer nordöstlich der Hauptstadt Bagdad kamen Medienberichten zufolge elf Soldaten ums Leben, mehrere weitere wurden verletzt.
Die Terrormiliz hatte im Sommer 2014 große Gebiete im Norden und Westen des Iraks eingenommen und dort ein sogenanntes Kalifat ausgerufen. Mit Unterstützung der USA und anderer Staaten konnten die irakischen Sicherheitskräfte die Terrormiliz zurückdrängen. Zum Herrschaftsgebiet der Extremisten gehörten auch große Teile des benachbarten Syriens.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e6/01/16/5097568_0:0:3277:1844_1920x0_80_0_0_16cde997c2a12f1f7cdf3d9dd9a32bba.jpg

de.rt.com: **Lukaschenko warnt Westen vor Angriff auf Weißrussland: "Wir werden hart zuschlagen"**
Minsk und Moskau wollen keinen Krieg, bauen aber ihre Verteidigung auf, um sich zu schützen. Das verkündete Weißrusslands Präsident Alexander Lukaschenko. Er warnte den Westen vor einem Angriff auf den Unionsstaat, der für den Aggressor unschön enden würde.
Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko hat den Westen vor einem Angriff auf den Unionsstaat gewarnt. Er erklärte nach Angaben seines Pressedienstes am Freitag vor Journalisten:
"Wir wollen keinen Krieg. Weder wir noch die Russen. Aber wir bauen unsere Verteidigung auf, um uns zu schützen. Sollten sie uns nicht nur ständig schikanieren, sondern ihre Armeen gegen uns einsetzen, uns gefährden, dann werden wir so hart zuschlagen, dass es unschön wird. Es ist unmöglich, uns zu besiegen."
"Wir sind ein Volk, das weder geistig noch territorial besiegt werden kann: von Brest bis Wladiwostok. Viele haben es schon versucht, das wissen wir. Sie wissen, wie es endete. Wir versuchen nicht, in irgendjemandes Hinterhof einzudringen, wir haben genug Territorium. Gott helfe uns, es zu bewahren und zu entwickeln. Das sind unsere Ziele. Aber ich wiederhole, falls es jemandem entgangen sein sollte: Es wird unschön enden."
Lukaschenko fügte hinzu, dass dies keine Drohung, sondern lediglich eine Warnung sei. Der weißrussische Präsident beklagte, er hätte sich nie vorstellen können, dass er eines Tages eine Verteidigung gegen seinesgleichen aufbauen müsste, und deutete damit die wachsende Feindschaft mit der Ukraine an. Er betonte dabei:
"Es geht nicht darum, einen einfachen Zaun zu bauen, sondern das teuerste Sicherheitssystem an der Südgrenze."

Lukaschenko hob dabei hervor, dass Minsk und Moskau keinen Krieg wollen, denn "das würde alle betreffen". Er schloss:
"Deshalb wollen wir keinen Krieg führen. Wir wollen ihn auch nicht, weil wir uns an den Krieg erinnern, den wir vor siebzig Jahren hatten."

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 15. bis 22. Januar 2022**
In den letzten 24 Stunden wurde **eine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung** von Seiten des Gegners festgestellt.
In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 54. Brigade **Alexandrowka** mit Antpanzergranatwerfern beschossen und zwei Granaten abgefeuert.
In der letzten Woche wurden **10 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen festgestellt. Der Gegner hat Ortschaften der Republik unter Einsatz von 120mm-Mörsern, verschiedenen Arten von Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.
Unter Beschuss von Seiten des Gegners befanden sich acht Ortschaften: Wedenskoje, Werchnetorezkoje, Oktjabrj, Spartak, Nowolaspa, Alexandrowka, die Siedlung des Bergwerks 6/7 in Gorlowka und die Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks in Donezk.
In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben die Kiewer Besatzer 23 Stück Waffen und Militärtechnik in 10 Ortschaften stationiert.
Aus dem Bestand der 95. Luftsturmbrigade:
ein Schützenpanzerwagen in der Nähe von Wohnhäusern in Nowobachmutowka.
Aus dem Bestand der 25. Luftlandebrigade:
eine 122mm-Haubitze 2S1 „Gwosdika“ in der Nähe von Wohnhäusern in Wesjoloje;
ein Schützenpanzerwagen in der Nähe von Wohnhäusern in Nowokalinowoje.
Aus dem Bestand der 36. Marineinfanteriebrigade:
ein Abwehrgeschütz SU-23 auf dem Gebiet eines privaten Hauses in Pawlopol;
ein Schützenpanzerwagen in der Nähe von Wohnhäusern in Pionerskoje;
ein Schützenpanzerwagen in der Nähe von Wohnhäusern in Kirillowka.
Aus dem Bestand der 53. mechanisierten Brigade:
zwei Schützenpanzer in der Nähe von Wohnhäusern in Nikolajewka;
ein Panzertransporter in einem Wohngebiet von Nowognatowka;
ein Schützenpanzer in einem Wohngebiet von Stargnatowka;
zwei Abwehrraketenkomplexe „Strela-10“, drei Schützenpanzer in der Nähe von Wohnhäusern in Nowognatowka;
ein Abwehrgeschütz SU-23 in Nikolajewka;
ein Schützenpanzer, ein Artillerieaufklärungsradar AN/TPQ-36, eine Funkstation, zwei gepanzerte Aufklärungs- und Spähfahrzeuge, ein Kommandostabsfahrzeug R-142 in einem Wohngebiet in Starognowtowka;
ein Schützenpanzerwagen in Nowogrigorowka.
Diese Sachverhalte werden von den täglichen Berichten der OSZE-Mission bestätigt.
Um die Entdeckung von verbotenen ukrainischen Waffen zu verhindern, hat der Gegner aktiv Stationen zur Funkblockade „Bukowel-AD“ aus dem Bestand mobiler Gruppen des 305. und 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt.
In der letzten Woche wurden **12 Fälle der Blockade von Leitungs- und Navigationskanälen von Drohnen der OSZE-Beobachter** entlang der Kontaktlinie in den Gebieten folgender Ortschaften festgestellt: Werchnetorezkoje, Nikolajewka, Wesjoloje, Alexandro-Kalinowo, Kalinowo, Pionerskoje, Nowoandrejewka, Nowoluganskoje, Warwarowka, Predtetschino und Tschassow Jar.
Im Ergebnis der Einwirkung von Mitteln der elektronischen Kriegsführung der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Tschassow Jahr haben die Beobachter der OSZE-Mission das

Leitungs- und Navigationssignal einer Kurzstreckendrohne verloren. Alle Sachverhalte werden durch Berichte der OSZE-Mission bestätigt.
Das Ignorieren seiner Verpflichtungen durch das offizielle Kiew erlaubt es den Beobachtern der OSZE-Mission nicht, in vollem Umfang ihr Mandat zu erfüllen und die von den ukrainischen Kämpfern stationierten verbotenen Waffen und Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung zu erfassen.
Das ukrainische Kommando zieht Kräfte und Mittel in der Nähe der Kontaktlinie zusammen und demonstriert weiter aktiv seinen Unwillen, den Konflikt im Donbass auf friedlichem Weg zu lösen.
So wurde nach Angaben unserer Aufklärung folgendes festgestellt:
Am 16. Januar wurde die Lieferung von Munition für automatisch und Antipanzergranatwerfer in einem SIL-Fahrzeug mit Symbolen des GZKK auf die Positionen der 36. Marineinfanteriebrigade im Gebiet von Pawlopol festgestellt.
Am 17. Januar wurde auf den Positionen des 46. Bataillons „Donbass“ der 54. mechanisierten Brigade im Gebiet von Taramtschuk die Ankunft von zwei Scharfschützenpaaren aus der Spezialeinheit des SBU „Alpha“ bemerkt.
Am 18. Januar wurde auf den Positionen der 95. Luftsturmbrigade im Gebiet von Schumy die Aktivität von Scharfschützen aus der 74. Aufklärungsbataillons festgestellt, die über großkalibrige Gewehre „Barret“ verfügen.
Am 19. Januar wurden auf der Eisenbahnstation in Krasnoarmejsk (ukr. Pokrowsk) Mehrfachraketenwerfer „Smertsch“ und „Uragan“ mit Kassettenmunition entladen.
Pläne des Gegners über die Vorbereitung von Diversionsakten auf dem Territorium der DVR durch das Kommando der ukrainischen Streitkräfte wurden aufgedeckt. Der Kommandeur der Spezialoperationskräfte der ukrainischen Streitkräfte Generalmajor Galagan erteilt dem 8. Spezialregiment Anweisungen, Terrorakte an Objekte der Lebenserhaltung in Gorlowka, Jasinowataja, Donezk, Dokutschajewsk und anderen Ortschaften in unmittelbarer Nähe der Kontaktlinie durchzuführen.
Eine entscheidende Rolle bei der möglichen Aktivierung der Kriegshandlungen kommt den westlichen Ländern zu. Trotz der Erklärungen der NATO-Staaten, dass die im Rahmen der militärisch-technischen Hilfe gelieferten tödlichen Waffen nicht im Donbass eingesetzt werden, sind die mit neun Flugzeugen aus Großbritannien eingetroffenen Antipanzergranatwerfer „NLAW“ der 25. und 95. Luftlandebrigade zugeordnet worden.
Ausgehend von der sich herausbildenden Lage führt die Volksmiliz der DVR einen Maßnahmekomplex zur Verstärkung der Bewachung und Verteidigung gefährlicher und sozial wichtiger Objekte durch.
Mitarbeiter der militärischen Gegenaufklärung des SBU haben die sogenannte „Säuberungen“ unter Soldaten, die möglicherweise gegenüber den Volksrepubliken und Russland loyal eingestellt sind, wieder aufgenommen.
So betreiben ukrainische Spezialdienste seit dem 10. Januar in den Verbänden und Truppenteilen der OOS Aktivitäten zur Aufdeckung von Personen, die früher auf dem Territorium der Volksrepubliken gelebt haben und auf das Territorium Russlands gereist sind oder Verwandten auf diesen Territorien haben. Dazu erfragt der SBU bei den Personalabteilungen der Verbände die persönlichen Angelegenheiten des gesamten Personals ab.
Es ist bekannt, dass ein ukrainischer Spezialdienst in der 54. Brigade fünf Soldaten festgenommen hat, um operative Befragungsmaßnahmen durchzuführen. Einer von ihnen, Hauptmann Fadejew, der einen Cousin auf dem Gebiet der Russischen Föderation hat, soll seiner Funktion als Kommandeur einer Kompanie des 2. Bataillons der 54. Brigade enthoben, in den ständigen Stationierungsort geschickt und dann entlassen werden.
Wir schließen nicht aus, dass die Maßnahmen im Zusammenhang mit der Besorgnis der militärischen Führung der Ukraine stehen, dass im Fall einer Aktivierung der

Kriegshandlungen die Zahl der Deserteure von der Front stark ansteigen wird.
Die bewaffneten Formationen der Ukraine erleiden weiter nicht kampfbedingte Verluste. In der letzten Woche ergänzten im Verantwortungsbereich der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ 14 ukrainische Kämpfer die Liste nicht kampfbedingter Verluste aufgrund von Verletzungen, zwei weitere starben. Hauptursachen sind nach wie vor die ungeordnete Verminung von Örtlichkeiten sowie der Alkohol- und Drogenkonsum.
Am 14. Januar wurde ein Kämpfer des 24. Bataillons „Ajdar“ mit Codenamen „Chramulja“ wegen Vergiftung durch Betäubungsmittel in das 385. Militärhospital in Dnjepr eingewiesen.
Am 16. Januar verfing sich der Obermatrose Nasarenko aus dem 501. Bataillons der 36. Brigade in betrunkenem Zustand auf den Positionen im Gebiet von Schirokino in Stachdraht.
Am 17. Januar geriet ein Kämpfer des 503. Marineinfanteriebataillons auf eine Sprengeinrichtung in der Nähe der eingenommenen Position im Gebiet von Werchnetorezkoje und erlitt tödliche Splitterverletzungen.
Am 18. Januar wurde der Kämpfer des 24. Bataillons „Ajdar“, der Soldat Tschernjak, mit einem Armbruch in das Stadtkrankenhaus von Wolnowacha eingeliefert.
Am 19. Januar wurden elf Soldaten der 54. Brigade aufgrund eines Brandes in einem Lagergebäude für Material in Kurachowo verletzt, ein weiterer, der Soldat Safonow, starb im Krankenhaus.
Funktionsträger der Stäbe der bewaffneten Formationen der Ukraine in der OOS-Zone erzielen weiter Gewinne durch den Verkauf von Diesel und Benzin an Zivilisten.
Im Zusammenhang mit der Zunahme der Fälle von Treibstoffdiebstahl durch ukrainische Soldaten wurde eine Inspektion des rückwärtigen Dienstes des Verteidigungsministeriums in die OOS-Zone entsandt. Im Lauf der Woche wurde die Arbeit der Mitarbeiter der Behörde in drei Verbänden bemerkt: 56. Panzergrenadierbrigade, 54. mechanisierte Brigade und 95. Luftsturmbrigade.
Im Ergebnis der Arbeit der Inspektion in der 56. Brigade wurde ein Funktionsträger – der Leiter des Treibstoffdienstes – entdeckt, der mehr als 20 Tonnen Diesel und 15 Tonnen Benzin an einen örtlichen Unternehmer verkauft hatte.
In der der 54. Brigade wird der für den rückwärtigen Dienst zuständige stellvertretende Brigadekommandeur Oberstleutnant Tschechmenjuk des Diebstahl von Treibstoff zum Zweck der Weiterverkaufs an die örtliche Bevölkerung verdächtigt. Im Rahmen einer dienstlichen Untersuchung wird er der Unterschlagung von militärischem Material im Wert von mehr als 150 Mio. Griwna beschuldigt.
Außerdem sind auch Funktionsträger des Stabs der 95. Brigade nicht unbeteiligt an der Schaffung eines Geschäfts mit dem Verkauf von Treibstoff an Zivilisten. Bei der Arbeit der Inspektion zur Inventarisierung und Überprüfung der Stahltanks mit Diesel im Lager des Verbandes im Gebiet von Dsershinsk wurde in fünf Behältern Wasser entdeckt, das vor der Ankunft der Offiziere des übergeordneten Stabs nachgegossen worden war.
Um die Fertigkeiten im Umgang mit technischer Munition, der Entdeckung und folgenden Liquidierung zu vervollkommnen, wurden auf den Übungsplätzen der Republik die planmäßigen Übungen zur militärischen Ausbildung mit Personal der technischen Einheiten fortgesetzt.
Die Übungen mit Pionieren werden unter Bedingungen, die maximal Kampfbedingungen angenähert sind, durchgeführt, was es erlaubt, falls es notwendig ist, operativ und effektiv auf Handlungen des Gegners zu reagieren.
In der Nacht vom 18. auf den 19. Januar haben mehr als 700 Soldaten der Volksmiliz an Feiern zum Dreikönigstag teilgenommen. Für die Waschungen hat die Leitung der Volksmiliz 24 Becken mit Beheizung organisiert.

snanews.de: **Ukrainischer Außenminister: Deutschland untergräbt Einheit des Westens in Umgang mit Russland**

Kiew dankt laut dem ukrainischen Außenminister Dmitri Kuleba Berlin für die diplomatischen Bemühungen zur Lösung des Konflikts im Donbass. Ihm zufolge sind aber die jüngsten Erklärungen der deutschen Bundesregierung enttäuschend und widersprechen ihrer Unterstützung.

„Die jüngsten Erklärungen Deutschlands über die Unmöglichkeit der Verlegung von Verteidigungswaffen in die Ukraine – insbesondere auf der Grundlage der Erteilung von Genehmigungen dafür an Dritte, über die Sinnlosigkeit der Rückgabe der Krim, das Zögern beim Ausschluss Russlands aus dem (internationalen Banken-Zahlungssystem – Anm.d.Red.) Swift entsprechen nicht dem Niveau unserer Beziehungen und der aktuelle Sicherheitslage“, schrieb Kuleba in seinem Twitter-Account.

Die Ukraine sei Deutschland für die bereits geleistete Unterstützung seit 2014 sowie für die diplomatischen Bemühungen zur Lösung des russisch-ukrainischen bewaffneten Konflikts dankbar, aber die aktuellen Erklärungen Deutschlands seien enttäuschend und würden dieser Unterstützung und den Bemühungen zuwiderlaufen.

Kuleba betonte, die deutschen Partner sollten aufhören, die Einheit des Westens gegenüber Russland zu untergraben:

„Derzeit ist die Einheit des Westens gegenüber Russland wichtiger denn je. Um sie zu erreichen und Russland einzudämmen, unternehmen wir gemeinsam große Anstrengungen. Die deutschen Partner müssen aufhören, die Einheit mit solchen Worten und Taten zu untergraben, und (den russischen Präsidenten – Anm.d.Red.) Wladimir Putin zu einem neuen Angriff auf die Ukraine zu ermutigen“.

Ukrainischer Botschafter in Deutschland fordert sofortiges Umdenken und Kursänderung

Der ukrainische Botschafter in Deutschland, Andrej Melnyk, hat seinerseits der Zeitung „Handelsblatt“ gesagt, dass der Ernst der Lage (um die Ukraine – Anm.d.Red.) von der Ampel-Regierung ein sofortiges Umdenken und eine Kursänderung in der Frage von Waffenlieferungen an die Ukraine verlange. Sein Land werde „nicht ruhen, die Bundesregierung und die Opposition zu überzeugen, Defensivwaffen in die Ukraine zu liefern“.

Deutschland solle hinsichtlich der jüngsten Zusagen von Großbritannien, Kanada, Tschechien und den baltischen Staaten „nicht mehr Abseits stehen“, fordert Melnyk. Zuletzt hatten Estland, Lettland und Litauen Waffenlieferungen an die Ukraine bekannt gegeben, zuvor bereits andere Nato-Mitglieder.

Momentan benötige sein Land vor allem „dringend 100 000 Helme und Schutzwesten für die Freiwilligen, die sich gerade für die Landwehr melden, um ihre Heimat zusammen mit den Streitkräften zu verteidigen“, sagte Melnyk.

Die Bundesregierung wiederum hat mehrfach abgelehnt, dem Land im aktuellen Konflikt mit Russland Waffen zu liefern. Die Position sei, „dass keine letalen Waffen geliefert werden“, hat Regierungssprecher Steffen Hebestreit begründet. Diese Ablehnung gelte auch für Defensivwaffen, falls diese „letal“ eingesetzt werden könnten.

Auch Außenministerin Annalena Baerbock hat die Forderung am Montag bei ihrem jüngsten Besuch in Kiew zurückgewiesen. Die Haltung zu Waffenlieferungen und für eine restriktive Rüstungsexportpolitik sei unter anderem in der deutschen Geschichte begründet.

Treffen zwischen Putin und Selenski möglich?

Hilfe von Deutschland erhofft sich Kiew auch bei der Wiederaufnahme von Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland: „Für die Wiederaufnahme des Normandie-Formats wäre es sehr wichtig, dass sich Bundeskanzler Scholz jetzt stark höchstpersönlich dafür einsetzt“, erklärte Melnyk. Im Normandie-Format verhandeln seit 2014 Deutschland und Frankreich mit Russland und der Ukraine. Allerdings hat es seit Monaten kein Treffen der vier mehr gegeben.

Melnyk merkte außerdem an, der ukrainische Präsident Wladimir Selenski sei „jederzeit bereit, auch direkte Gespräche mit Präsident Putin zu führen“. Er fügte hinzu: „Diesen Dialog

und seine ausgestreckte Hand hat Moskau leider immer wieder schroff abgelehnt.“
Zuvor hatte der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow aber gesagt, ein Treffen der Präsidenten Russlands und der Ukraine werde nicht vorbereitet, es gebe nur das Aufpumpen der Ukraine mit Waffen und die Nichteinhaltung der Minsker Vereinbarungen seitens Kiew.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e6/01/16/5100187_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_a711ce9d328c168c67a4e00da65e3999.jpg

abends:

snanews.de: **Auswärtiges Amt bereitet Evakuierung von Botschaftsmitarbeitern aus der Ukraine vor – Bericht**
Das Auswärtige Amt bereitet offenbar einen Evakuierungsplan für die Angehörigen der deutschen Botschaftsmitarbeiter in der Ukraine vor. Laut einem Bericht der „Bild“-Zeitung sollen sie bei einer weiteren Verschärfung der Lage aus dem Land gebracht werden.
Zuvor hatte der US-Sender „Fox News“ unter Berufung auf einen US-Beamten berichtet, dass die USA die Evakuierung der Angehörigen des US-Botschaftspersonals in der Ukraine bereits am Montag beginnen würden.
Das US-Außenministerium hat Berichte über die bevorstehende Evakuierung gegenüber der russischen Agentur RIA Novosti jedoch nicht bestätigt und darauf hingewiesen, dass sich die US-Bürger nicht auf von der Regierung finanzierte Flüge verlassen, sondern kommerzielle Fluggesellschaften nutzen sollten.
„Wir führen eine sorgfältige Notfallplanung durch, wie wir es immer im Falle einer sich verschlechternden Sicherheitslage tun“, hieß es aus dem Außenministerium.
Westen leistet Ukraine militärische Hilfe – Deutschland ist dagegen
Angesichts der Spannungen mit Russland haben sich die USA, Großbritannien und Polen bereiterklärt, Waffen in die Ukraine zu schicken. Der deutsche Bundeskanzler, Olaf Scholz, hat Waffenlieferungen hingegen mehrmals abgelehnt. Auch Außenministerin Annalena Baerbock hat sich dagegen ausgesprochen.
Die Position Deutschlands sei, „dass keine letalen Waffen geliefert werden“, sagte Regierungssprecher Steffen Hebestreit. Diese Ablehnung gelte auch für Defensivwaffen, falls diese „letal“ eingesetzt werden könnten. Die Haltung zu Waffenlieferungen und für eine restriktive Rüstungsexportpolitik ist laut Baerbock unter anderem in der deutschen Geschichte begründet.
Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht bestätigte am heutigen Samstag, dass Deutschland im Februar ein Feldlazarett an Kiew übergeben wolle.
Am Freitag wurde bekannt, dass die Vereinigten Staaten Estland, Litauen und Lettland bereits die Genehmigung erteilt haben, Waffen aus US-Produktion an die Ukraine zu liefern. Auch erklärten sich die USA bereit, der Ukraine fünf Transporthubschrauber Mi-17 zukommen zu

lassen. Nach jüngsten Angaben der US-Botschaft in Kiew ist ein US-Frachtflugzeug mit circa 90 Tonnen Militärhilfe für die Ukraine an Bord in der Nacht auf Samstag auf einem Flughafen der ukrainischen Hauptstadt gelandet.
Großbritannien wolle seinerseits die ukrainischen Streitkräfte nun mit Panzerabwehr- und Verteidigungswaffensystemen ausstatten, die für die „Selbstverteidigung“ bestimmt seien. Auch britische Truppen sollen zu Übungszwecken in die Ukraine geschickt werden.
Die Beziehungen zwischen den westlichen Ländern und Russland bleiben hinsichtlich der Ukraine angespannt. Der Westen äußert die Befürchtung eines Angriffs seitens Russlands auf das Nachbarland und droht Russland seitdem mit schwerwiegenden Konsequenzen. Moskau hingegen hatte mehrmals erklärt, dass Russland keine aggressiven Pläne habe und grundlos „dämonisiert“ werde.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e4/0c/14/232126_0:218:2761:1771_1920x0_80_0_0_35f8a6fa177223cc5584f1061b89af1b.jpg